



Kein freier Markt bei Büchern

Der Ständerat will die Buchpreisbindung wieder einführen

Nach dem Nationalrat will auch der Ständerat die 2007 aufgehobene Buchpreisbindung wieder einführen. Die Buchkultur müsse geschützt werden, befand die Ratsmehrheit.

Katharina Fontana, Bern

Seit 2007 sind die Bücherpreise in der Deutschschweiz nicht mehr reguliert; in der Romandie und im Tessin sind die Preise schon lange frei. Diese Marktöffnung soll nun rückgängig gemacht und in der ganzen Schweiz eine Buchpreisbindung eingeführt werden. Der Ständerat hat am Mittwoch entgegen dem Antrag seiner vorberatenden Kommission mit 23 zu 15 Stimmen beschlossen, auf eine entsprechende, vom Nationalrat gutgeheissene Vorlage einzutreten. Diese sieht vor, dass die Bücherpreise durch Verleger und Importeure festgelegt werden; bei aus dem Ausland eingeführten Büchern darf der Preis zudem bis zu einem Fünftel über jenem im Herkunftsland liegen.

Ein besonderes Gut

Der Ständerat hat sich in seiner Debatte nicht mit den Details der Vorlage befasst, sondern eine grundsätzliche Aussprache über Sinn oder Unsinn von Preisabsprachen im Büchermarkt geführt. Einig war man sich darin, dass ein Buch nicht ein gewöhnlicher Konsumartikel sei, sondern als Kulturgut einen besonderen Stellenwert habe. Uneinigkeit bestand hingegen darüber, ob man den Buchhandel dem freien Markt überlassen könne oder nicht. Zu den Vertretern der Linken, die einhellig für die Buchpreisbindung eintraten, gesellten sich auch zahlreiche bürgerliche Vertreter. Namens der Kommission machte Hannes Germann (Schaffhausen, svp.) darauf aufmerksam, dass die Buchpreisbindung nicht den Autoren, sondern den Verlagen diene. Er wies dabei auf die marktbestimmende Stellung der ausländischen, namentlich der deutschen Grossverlage hin. Bruno Frick (Schwyz, cvp.) bezeichnete die geplante Regulierung als unnötig. «Es geht nicht um den Schutz des Buches als Kulturgut, sondern um den Schutz der Bran-

che», kritisierte er.

Anderer Ansicht war die freisinnige Luzerner Ständerätin Helen Leumann. Die vielfältige Buchkultur könne man nicht einfach dem Markt überlassen, meinte sie. Auch Urs Schwaller (Freiburg, cvp.) und Ivo Bischofberger (Appenzell Innerrhoden, cvp.) traten für die Wiedereinführung der Buchpreisbindung ein. Es gehe um das Überleben der kleinen und mittleren Verlage und Buchhandlungen. Denn es nütze nichts, die Autoren zu fördern, wenn niemand ihre Bücher verlege oder verkaufe, wurde ausgeführt.

«Keinerlei Krise»

Wirtschaftsministerin Doris Leuthard wandte ein, dass heute keinerlei Krise auf dem Buchmarkt bestehe und es folglich keinen Grund gebe, ein neues Gesetz zu erlassen. Doch die kleine Kammer liess sich nicht von ihrem Eintretensentscheid abbringen. Die Vorlage geht nun zurück an die vorberatende Kommission, welche nolens volens die Details der geplanten Regulierung beraten muss.